Nummer 565

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 72. Jahrgang. Sonnabend, 4. Dezember 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis Praxis des Arbeitsrechts Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman | Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter, Handelsteil: W. Funk, Berlin. Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Klöppel, Berlin-Friedenau. Inseratenteil: i. V. Direktor A. Lorey, Berlin W 8. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen unsere Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im IV. Quartal 1926 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 25 französische Francs, Belgien 250 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Peseten, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinar; für den Monat Dezember 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Es ist sogar gegen Sozialisten und Asphaltdemokraten gegangen.

Das Gesetz zum Schutz der Jugend gegen die Schundliteratur vom Reichstag mit großer Mehrheit angenommen.

Es wurde gestern, wie wir schon in unserer vorigen Ausgabe berichteten, im Reichstag große Entrüstung markiert. Es wurde auch heftig geschimpft und zur weiteren Erschütterung jeglicher Autorität in unserem Volk mußte das „Hohe Haus" mit anhören, wie ein Abgeordneter, der Kommunist Rosenbaum, den Minister Dr. Geßler als Trottel und den Minister Dr. Külz den Typus eines reaktionären Treibers bezeichnete. Auch wie man die Geschäftsordnung zur Erschwerung der Geschäftsführung ausnutzen kann, ist gestern von dem Linksradikalismus mit einigen neuen Nuancen gezeigt worden. Aber gegangen ist es trotzdem ohne die Sozialdemokratie und die Asphaltdemokraten, ja sogar gegen sie. Das Gesetz zum Schutz der Jugend gegen die Verderbung durch gemeine Schmutzliteratur ist von allen im Reichstag vertretenen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Asphaltdemokraten angenommen worden. Die einzelnen Streitpunkte, über die debattiert wurde, und die Kompromisse, welche die Annahme durch eine große Mehrheit mit Einschluß einiger mutiger Demokraten ermöglichten, können unsere Leser an anderer Stelle, im Reichstagsbericht, ersehen. Man braucht nicht noch einmal kritisch darauf einzugehen. Denn wenn das Sachliche bei dieser ganzen Gesetzgebungsfrage für alle Parteien ausschlaggebend gewesen wäre, dann hätten gestern nicht nur ein Teil der Demokraten, sondern die sämtlichen Demokraten für das Gesetz in seiner jetzigen Fassung, die sie am Tage vorher sämtlich gebilligt hatten, stimmen müssen, desgleichen die Sozialdemokratie, aus der einer der Väter dieses Gesetzes hervorgegangen ist, und aus deren Jugendorganisationen sich zahlreiche Stimmen für die gesetzliche Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur ausgesprochen haben.

Daß die Marxisten und Asphaltdemokraten entgegen aller sachlichen Notwendigkeit dennoch eine wüste und wütende Opposition gemacht haben, hat einfach seinen Grund in der Erkenntnis, daß die bürgerliche Reichstagsmehrheit im Werden und dementsprechend die Umbildung der Reichsregierung unter Ausschluß der Sozialdemokratie unvermeidlich ist. Es weiß ja doch jetzt schon jeder, daß das Reichsschulgesetz, das Arbeitsschutzgesetz, das Arbeitszeitnotgesetz, der Finanzausgleich usw. usw. von den Parteien der Mitte nicht mit den Sozialdemokraten wegen deren rein agitatorischer Einstellung und Angst vor der kommunistischen Konkurrenz gemacht werden können, sondern nur von den bürgerlichen Parteien, die auf dem Boden des gegenwärtigen Wirtschaftssystems stehen und die Schulen nicht zu Erziehungsstätten für den Sozialismus und die Neukölln-Mirdorfer Schulmethoden werden lassen wollen. Unausbleiblich ist es, daß aus einer solchen unbedingt nötigen und unvermeidlichen Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien auch die Konsequenzen für die Zusammensetzung der Regierung im Reich gezogen werden, und wir hoffen, daß auch eine Rückwirkung auf Preußen eintreten wird, wo ja das Zentrum sich gestern auch genötigt gesehen hat, von den Sozialdemokraten die formelle Zurücknahme der gegen den Wohlfahrtsminister Hirtsiefer gerichteten Angriffe zu verlangen. Im Reichstag hat der sozialdemokratische Redner Dr. Breitscheid übrigens bereits gestern politische Konsequenzen der neuen Konstellation bei der Erledigung des Gesetzes gegen die Schund- und Schmutzliteratur ahnungsvoll vorausgesagt.

Gerade die Vorgänge der letzten Tage lassen die Notwendigkeit noch dringlicher erscheinen, dem Treiben der Marxisten und Asphaltdemokraten entgegenzutreten und ihren Einfluß auf die Regierungen zu brechen. Denn ganz abgesehen von den Reichstagsverhandlungen wird eine geradezu empörende Unterwühlung der Reichswehr und der Justiz betrieben. Vorgestern z. B. hat, wie auch wir berichteten, hier in Berlin eine Kundgebung des Reichsbanners und des Republikanischen Reichsbundes stattgefunden, in der der Sozialdemokrat Löbe, gegenwärtig Reichstagspräsident, der Demokrat Haas, und der rote Zentrumsmann Wirth gesprochen haben. Der Sinn alles dessen, was sie redeten, war: die einzig wirklich Berechtigten im Staat sind wir, die Republikaner unserer Couleur, alles andere muß bekämpft und aus der Staatsverwaltung hinausgeworfen werden. Löbes Pläne zur Demoralisierung der Reichswehr sind bekannt. Der Demokrat Haas predigte vor allen Dingen den Terror gegen die Beamten, ein richtiger Republikaner als Personalreferent ist ihm mehr wert als jedes gute Gesetz, denn in alle Adern des Staates müsse durch republikanisch gesinnte Beamten republikanisches Blut hineinkommen. Besonders soll neben der Reichswehr die Justiz dabei hergenommen werden. Gerade die Justiz mache ja eine „Vertrauenskrisis" durch. Wirth sprach sich gemäß seinem Temperament noch heftiger aus und versetzte dabei auch den „Reaktionären" im Zentrum einige Ohrfeigen, wie er auch meinte, die republikanischen Parteien brauchten nicht jeden Tag „Stresemann 100 Ochsen auf dem Altar der Anbetung zu opfern". Herr Wirth war ja früher selber einmal Außenminister.

So reden, agitieren und benehmen sich Führer derselben Parteien, unter deren beherrschendem Einfluß seit der unseligen Revolution so ziemlich alle Kabinette im Reich, in Preußen und vielen anderen deutschen Ländern gestanden haben. Die Führer derselben Parteien, die gegen das kaiserliche Deutschland Sturm gelaufen sind mit der Forderung nach Freiheit der politischen Meinung und Betätigung jedes Einzelnen, insbesondere auch der Beamten und Angestellten, nach dem gleichen Recht jedes Deutschen auf jede Stellung in der Verwaltung und Justiz, nach der Aechtung der Gesinnungsschnüffelei und der religiösen Differenzierung. Die Führer derselben Parteien, welche in die von ihnen allmählich für heilig erklärte Weimarer Verfassung u. a. folgende Sätze hineingeschrieben haben:

> Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. (Art. 102.)
>
> Die Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit werden auf Lebenszeit ernannt. Sie können wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus den Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, dauernd oder zeitweise ihres Amtes enthoben oder an eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt werden. (Art. 104.)
>
> Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. (Art. 109.)
>
> Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Anstellungsverhältnis hindern und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht. (Art. 118.)
>
> Alle Staatsbürger ohne Unterschied sind nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Aemtern zuzulassen. (Art. 128.)
>
> Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Gesinnung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet. (Art. 130.)
>
> Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren. (Art. 136.)

Vorgestern hat nun Herr Löbe wieder gefordert, daß die Aufhebung der Verfassungsgarantien gegen die Richter in Erwägung gezogen werden müsse, d. h. auf deutsch: Die Richter, die sich nicht als eifrige Republikaner bekennen und erweisen, sollen aus ihren Stellungen hinausgeworfen werden. Da die deutschen Richter zumeist nichts als ihr Können, ihre Integrität und ihr Diensteinkommen haben, so bedeuten ein solcher Plan nichts anderes, als daß sie entgegen den Bestimmungen der fast heiligen Weimarer Verfassung, durch Stockprügel auf den Magen zur Liebe zur Republik gezogen werden sollen, auch wenn das ihrer innersten Ueberzeugung widerspricht. Natürlich soll ebenso mit allen anderen Beamten und Angestellten verfahren werden, und zwar noch weit mehr, als das bisher schon geschieht. Den Zustrom nicht marxistisch-republikanischer Männer zur Reichswehr will man unterbinden. Entgegen der Bestimmung des Artikels 128 der Weimarer Verfassung soll nicht jeder Deutsche auf Grund seines gleichen Rechts, sondern nur noch der republikanisch Gesinnte in die Reichswehr hineinkommen dürfen.

So zeigen sich heute die Führer der Parteien, die mit ihrer Agitation für Freiheit und Recht und Gleichheit sich in jahrzehntelangen, immer wiederholten Versprechungen die großen Wählermassen geholt haben.

In dem angeblich „freiesten Volksstaat", in Deutschland, soll es nur die Freiheit geben, die Löbe, Haas, Wirth und Genossen meinen. Und wenn diese Freiheit nicht willig hingenommen wird, dann will man sie mit Druck und Gewalt aufzwingen.

Der Streit um die Außenpolitik, der Schmerz infolge der Mißhandlungen, die wir durch unsere Feinde erlitten haben und immer noch erleiden, haben diese scheußlichen Tendenzen unseres linken Radikalismus bisher stark überdeckt. Aber nunmehr, nachdem das Reichsschiff definitiv außenpolitisch Kurs genommen hat, muß der Kampf gegen solche Art Republikanismus in den Vordergrund kommen. Es muß dem Treiben derer ein Ende gemacht werden, die die Reichswehr zur Schutztruppe des Marxismus degradieren wollen und welche die Justizkrisis absichtlich machen, indem sie ihren Anhängern anderes als Tendenziöses über Gerichtsverhandlungen und Urteile überhaupt nicht mehr mitteilen.

Solchen Kampf führen können aber nur Regierungen, die den Mut finden, sogar der Sozialdemokratie den Weg bis zu dem Mut finden, sogar der Sozialdemokratie den Weg zur Ordnung und zur Achtung vor den Andersgesinnten zu weisen.

Dr. Oestreich.

Das Ergebnis der Pariser Konferenz

Man stellt Uebereinstimmung fest, wird aber in Genf weiter verhandeln

EP **Paris**, 3. Dezember.

Im Anschluß an das Frühstück, das Briand, wie angekündigt, heute im Quai d'Orsay zu Ehren Chamberlains gab und an dem Lady Chamberlain, Lord Crewe, Ministerpräsident Poincaré mit Gemahlin, Herriot und Gemahlin und die beiderseitigen Kabinettschefs teilnahmen, begannen in dem Salon des französischen Außenministeriums die Besprechungen über vor dem Völkerbundsrat zur Behandlung kommende Fragen. Poincaré nahm an diesen Besprechungen teil. Vom Quai d'Orsay wird über die Zusammenkunft folgendes offizielle Kommunique ausgegeben: Die Unterhaltung Chamberlains mit Poincaré trug einen herzlichen Charakter. Die Unterredung zwischen den beiden Außenministern, die sich unmittelbar hieran anschloß, berührte die verschiedenen Probleme der auswärtigen Politik, vor allem aber diejenigen Fragen, die auf der Tagesordnung der Genfer Ratssitzung stehen. Die beiden Außenminister stellten die Uebereinstimmung ihrer Anschauung fest und beschlossen, in Genf ihre Unterhaltungen über andere Detailfragen fortzusetzen, für deren Behandlung die Zeitspanne der ersten Unterredung nicht ausreichte."

Briand steht der Presse Rede.

Was mit Chamberlain besprochen worden ist.

Nach Schluß seiner Unterredung mit Chamberlain empfing Briand Vertreter der französischen und der englischen Presse und gab folgende Erklärungen in Beantwortung von an ihn gestellten Fragen ab:

„Wir haben über die Entwaffnung Deutschlands gesprochen, aber ich kann hierüber keine Einzelheiten geben. Die interalliierte militärische Kontrollkommission in Berlin ist ebenso wie die Botschafterkonferenz damit befaßt. Man muß sie ihre Aufgabe vollenden lassen. Die Regierungen werden alsdann eine Entscheidung treffen. Sie fragen mich, so fuhr Briand fort, ob der Völkerbundsrat im Verlaufe seiner nächsten Sitzung die

Frage des Investigationsorganismus

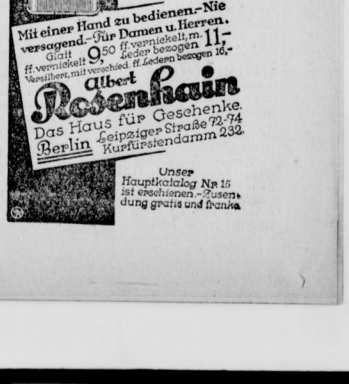
regeln wird, der an die Stelle der Interalliierten Kontrollkommissionen treten soll, wenn ihre Aufgabe beendet sein wird? Das ist möglich, obwohl die Tagesordnung die Prüfung dieser Frage nicht enthält, aber sie kann aufgeworfen werden, besonders anläßlich der Ernennung des Vorsitzenden der Investigationskommission, der gegenwärtig General Desticker ist, dessen Vollmachten ablaufen. Das wird vor allem vom Stande der Arbeiten der Sachverständigen abhängen. Uebrigens hat sich der Völkerbund bereits über den gesamten Fragenkomplex der eingerichteten Organisationen ausgesprochen, um das Investigationsrecht in Deutschland auf Grund des Artikels 213 des Friedensvertrages in Kraft zu setzen. Ueber die

jüngsten Erklärungen Dr. Stresemanns

und Dr. Bells befragt, antwortete Briand: „Ich kann den deutschen Ministern nicht das Recht absprechen, die Auslegung des Friedensvertrages zu erörtern. Indessen darf man nicht vergessen, daß wir schon, bevor der Vertrag von Locarno zur Ausführung gekommen ist, sehr viele Erleichterungen Deutschland unseren guten Willen bewiesen haben. Ich bin in der Tat bei Unterzeichnung dieses Abkommens der Ansicht gewesen, daß der neue Geist, der darin zur Geltung kommt, die Durchführung der Klauseln des Versailler Vertrages erleichtern könnte. Auf diese Weise ist in den besetzten Gebieten eine beträchtliche Herabsetzung der Truppenbestände durchgeführt, eine Herabsetzung um mehr als 8000 Mann. Mehr als 2000 Wohnungen sind der Bevölkerung zurückgegeben worden. Viele öffentliche Gebäude sind den Gemeindebehörden wieder zur Verfügung gestellt worden. Ein Reichskommissar ist ernannt worden. Eine sehr weitgehende Amnestie wurde den Deutschen bewilligt, die während der Periode der Spannung verurteilt wurden. Endlich sind

angenehmere Beziehungen

auf allen Gebieten zwischen den Besatzungstruppen und der rheinischen Bevölkerung hergestellt worden. Ein Vertrag kann immer menschlicher gestaltet werden entsprechend der Einstellung des Geistes der daran interessierten Nationen, deren gegenseitiger guter Wille nicht verfehlen kann, die Durchführung zu erleichtern. Aber das sind komplizierte Dinge, die Zeit erfordern. Wenn jedoch der Versailler Vertrag sieben Jahre besteht, so darf man nicht vergessen, daß das Abkommen von Locarno erst seit drei Monaten in der Ausführung begriffen ist und zwar durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Was wollen Sie noch mehr?

Die internationale Politik kann doch nicht mit der Schnelligkeit eines Filmstreifens ablaufen. Mit einem Wort: „Unsere Unterredung hat uns gestattet, noch einmal die Gemeinsamkeit unserer Ansichten über den gesamten Fragenkomplex der Probleme der auswärtigen Politik festzustellen, und ich bin davon überzeugt, daß die gleiche Uebereinstimmung sich auch innerhalb des Völkerbundsrats mit den andern Kollegen wiederfinden wird. Im übrigen werde ich morgen nachmittag Minister Vandervelde sehen, wie ich gestern den polnischen Außenminister empfangen habe. Ueber die Möglichkeit einer Zusammenkunft nach Schluß der Genfer Arbeiten des Rats, die die Außenminister Italiens, Englands, Deutschlands und Frankreichs vereinigen könnte, versicherte Briand, daß davon bei seiner Besprechung mit Chamberlain nicht die Rede gewesen sei. „Uebrigens habe ich bisher," so fuhr Briand